

Betreff:

In Wiesbaden ist kein Platz für Judenhass - Antisemitismus mit aller Härte entgegneten
-Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Freie Demokraten,
Freie Wähler/Pro Auto sowie der Stadtverordneten Renate Kienast-Dittrich & Veit Wilhelmy-

Antragstext:

Seit Jahren steigen deutschlandweit die polizeilich erfassten antisemitischen Delikte. Die
Spannbreite reicht dabei von Beleidigungen, Sachbeschädigung bis zu tätlichen Angriffen oder
Anschlägen wie auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019.

Dabei werden viele antisemitische Vorfälle in den amtlichen Statistiken gar nicht erfasst, obwohl
sie das Leben vieler Jüdinnen und Juden in unserem Land zunehmend prägt. Eine immer größere
Rolle spielt dabei der israelbezogene Antisemitismus, bei dem mithilfe der Schutzbehauptung, es
werde allein die Politik des Staates Israel kritisiert, antisemitische Ressentiments und Übergriffe
verdeckt oder gerechtfertigt werden.

Diese Form des Antisemitismus trat in den vergangenen Tagen besonders zu Tage, z.B. als unter
dem Eindruck der derzeitigen Geschehnisse im Nahen Osten eine unangemeldete israelfeindliche
Versammlung vor die Synagoge in Gelsenkirchen zog, um dort antisemitische Parolen zu brüllen,
auf der „Nakba“-Demonstration in Frankfurt am Main oder den mehreren Versuchen der
Verbrennung der israelischen Flagge vor jüdischen Gotteshäusern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden verurteilt die Ausschreitungen und Übergriffe auf
jüdische Mitmenschen und Einrichtungen aufs Schärfste. Unsere Stadt wird auch weiterhin
jeglichem Antisemitismus auf allen Ebenen und in allen Lebenslagen entschlossen entgegneten.
Jüdisches Leben ist und bleibt integraler Teil unserer Stadtgesellschaft.
- 2) Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird noch stärker als bisher den verschleierte Alltags-
Antisemitismus bekämpfen. Dabei werden wir uns an die Antisemitismusdefinition der International
Holocaust Remembrance Alliance („Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden,
die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder
Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen
jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat
Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“) halten.
- 3) Der Magistrat wird gebeten, sicherzustellen, dass Organisationen, die das Existenzrecht
Israels in Frage stellen oder verneinen, weder finanziell noch ideell von der Landeshauptstadt
Wiesbaden, ihren Gesellschaften und Gremien gefördert und unterstützt werden. Dies bezieht
auch Organisationen, Projekte und Vorhaben ein, die die antisemitische BDS-Bewegung („Boycott,
Divestment, Sanctions“) offen unterstützen.

Wiesbaden, 21.05.2021

Antrag Nr. 21-F-66-0001

CDU Grüne SPD FDP FW/Pro Auto Stv. Kienast Stv. Wilhelmy
